

**Abänderungsantrag zu 8.12
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 28.11.2013**

Die österreichische Wirtschaft entfesseln!

Wir schaffen ein modernes Österreich, in dem die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit wirtschaftlichen Erfordernissen der Unternehmen und ökologischer Verantwortung in Einklang gebracht werden. Unternehmertum ist die Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität, für eine gute Ausbildung für die Jungen und sichere Pensionen für die Älteren und damit soziale Sicherheit. Aufgabe einer zukunftsorientierten Politik ist es, die Wirtschaft zu stärken.

Mit folgendem Programm zur Entfesselung der Wirtschaft werden unter attraktiver Gestaltung steuerlicher Rahmenbedingungen zusätzliches unternehmerisches Potenzial mobilisiert, Unternehmen von bürokratischen Hürden befreit und gezielte Anreize für Investitionen gesetzt:

Keine neuen Steuern

Der Staat muss mit dem Geld der Steuerzahler besser wirtschaften und die Staatsschulden senken. Dann ist auch eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote möglich, die eine Entlastung der heimischen Leistungsträger bringt.

Lohnnebenkosten senken

Zur Erleichterung von Beschäftigung für Unternehmen gilt es die Abgabenquote auf unter 40 Prozent zu senken. Dazu braucht es ein neues transparentes und unbürokratisches Steuersystem, das einfacher und leistungsgerechter ist und das eine Senkung der Lohnnebenkosten ermöglicht. Damit bleibt den arbeitenden Menschen mehr Netto vom Brutto und Unternehmen können mehr Arbeitsplätze schaffen.

Neue Arbeitswelten

Flexiblere Regelungen ermöglichen es den Unternehmen, schnell auf sich wandelnde Verbrauchertrends, den technologischen Wandel und neue Chancen zu reagieren. Derart bieten sich Arbeitnehmern Wahlmöglichkeiten bei der Arbeitszeitregelung, bessere Aufstiegsmöglichkeiten, eine bessere Vereinbarkeit von Privatleben, Beruf und Ausbildung sowie mehr individuelle Verantwortung. Dem Fachkräftemangel ist unter anderem mit dem Ausbau der „dualen Ausbildung“ entgegenzutreten.

Wachstumsimpulse

Nicht weitere Belastungen durch Steuern oder Abgaben, sondern die Förderung unternehmerfreundlicher Rahmenbedingungen ist Voraussetzung für künftiges Wachstum. Vor allem durch Reformen gilt es daher, notwendige Einsparungen zu erzielen und damit Belastungen für Arbeitgeber zu beseitigen. Als kurzfristige Maßnahmen gelten: Anhebung GWG, degressive AfA und die Abschaffung von Bagatellsteuern.

Unternehmensfinanzierungen erleichtern

Für Unternehmen wird es immer schwieriger, flexible Finanzierungen zu erhalten, die ihren Anforderungen entsprechen. Grund dafür sind strengere Eigenkapitalvorschriften für Banken sowie eine unzureichende Bereitstellung von Risikokapital. Ergänzende Finanzierungsinstrumente wie Crowdfunding sowie Private Equity und Venture Capital, sind daher unter entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu stärken. Mit Haftungsübernahmen soll für KMU der Zugang zu Krediten erleichtert werden. Dazu muss eine allzu restriktive Haftungsvergabe vermieden und das Volumen der tatsächlich vergebenen Haftungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten besser ausgeschöpft werden. Die Vergabe von Haftungen unter 100.000 Euro sollen deutlich vereinfacht werden, beispielsweise durch pauschale Haftungsrahmen.

Investitionen ankurbeln

Konjunkturrell fordernde Zeiten sorgen bei heimischen Betrieben für Zurückhaltung. Um Risiken zu vermeiden werden daher Investitionen meist aufgeschoben und für Zeiten stabilen Wachstums eingeplant. Hier muss den Betrieben Mut gemacht werden, indem wir sie bei notwendigen Investitionen unterstützen und damit gezielt wirtschaftliches Wachstum fördern. Zielführende Maßnahmen sind die Einführung eines „Sanierungsbonus“ für private Investitionen sowie einer Investitionszuwachsprämie NEU und eines Beteiligungsfreibetrags.

Headquarter-Offensive

Zur Absicherung und weiteren Aufwertung des heimischen Standortes für internationale Leitbetriebe sind attraktivierende Maßnahmen notwendig: Impulse für die Kooperation von Unternehmen mit Universitäten und Fachhochschulen, eine moderne Infrastruktur, ein leistungsfähiges Bildungssystem, attraktive steuerliche Rahmenbedingungen sowie die Lebensqualität entscheidende Faktoren für die Ansiedelung von Unternehmen.

Wettbewerbsfähigkeit steigern - Vorrang für KMU

Verwaltungsvereinfachungen sind prioritär zu behandeln. Zukunftsorientiert zu ordnen sind Betriebsübergaben, die Gewerbeordnung und das Vergaberecht.

Nachhaltige Absicherung der Gesundheitsversorgung

Die Nutzung von Synergien sowie die Bündelung von Ressourcen sollte bei allen Krankenversicherungsträgern weiter vorangetrieben werden. Insbesondere würde sich für die Gebietskrankenkassen die Übernahme bzw. die Entwicklung von innovativen und erfolgreichen Modellen nach Vorbild bundesweiter Sondernversicherungsträger wie der SVA anbieten (SVD GmbH als gemeinsame Backoffice-Gesellschaft, PPP-Modelle bei den eigenen (Rehabilitations-)Einrichtungen sowie effiziente bundesweite Strukturen).

Lösungsorientierte bundesstaatliche Kompetenzverteilung

Die Schaffung klarer, sinnvoll abgerundeter Kompetenzbereiche für Bund und Länder ist erforderlich. Es bedarf einer lösungsorientierten Kompetenzverteilung, die auch neue Spielräume für verwaltungsreformatorische Maßnahmen öffnen könnte. Besonders vordringlich ist eine Bundeskompetenz in Angelegenheit der Wirtschaft, des Bau(technik)rechts, des Umwelt- und Energierechts.

Die unterzeichneten Delegierten stellen daher folgenden

Antrag:

Die Organe der Wirtschaftskammer Österreich werden aufgefordert, sich bei der neuen Bundesregierung für die rasche Umsetzung der oben angeführten Punkte einzusetzen.


.....
(JANK) (HAUBNER) (STEINDL)